

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1861

22.3.1861 (No. 69)

Karlsruher Zeitung.

Freitag, 22. März.

N. 69.

Vorausbezahlung: halbjährlich 4 fl., vierteljährlich 2 fl., durch die Post im Großherzogthum Baden 4 fl. 15 kr. und 2 fl. 8 kr.
Einsendungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 5 kr. Briefe und Gelder frei.
Expedition: Karl-Friedrichs-Straße Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

1861.

Auf das mit dem 1. April beginnende zweite Quartal der Karlsruher Zeitung nehmen alle Postämter Bestellungen an.

Hofansage.

Wegen Ablebens Ihrer königlichen Hoheit der verewiltweten Herzogin von Kent, Marie Luise Victorie, wird von heute an auf 10 Tage Hoftrauer angelegt.
Karlsruhe, den 21. März 1861.
Großherzogliches Ober-Ceremonienmeister-Amt.

Adressdebatte des französischen Gesetzgebenden Körpers.

Paris, 20. März. Die Spezialdebatte gelangte gestern zu dem §. 12, wozu die HH. Jules Favre, Darimon, Picard, Henon und Olivier folgendes Amendement gestellt haben:

Die Städte Paris und Lyon seien mit Unruhe die maßlosen Gemeindeunternehmungen, die einer jeden Kontrolle bar und ledig sind. Niemals haben sie lebhafter den Mangel gewählter Gemeindeförderung und die Vergeßlichkeit des Elementarprinzips unseres öffentlichen Rechts bedauert, welches den Steuerpflichtigen das Recht gibt, diejenigen zu ernennen, welche die Steuern votieren und über sie verfügen.

Picard unterstützt mit einer geistreichen Rede dieses Amendement, und macht darin sehr scharfe Angriffe auf Hrn. Hausmann. Paris und Lyon, beginnt der Redner, erwarten von der Kammer ihr Dekret vom 24. Nov. Die Finanzen dieser Städte drängen zu einer Reorganisation, und das gebietliche Interesse der Einwohner macht dieselbe zum Gesetz. Das Budget der Stadt Paris ist von 1847 bis 61 von 46 auf 172 Millionen gestiegen. Dabei hat Paris drei Anlehen gemacht, welche 298 Millionen in seine Kasse führten. Diese wenigen Angaben sind Alles, was ich aus der kleinen Anzahl offizieller Dokumente, welche diese sonderbare Buchführung unter's Publikum gelangen ließ, entnehmen konnte.

Im Stadthause, fährt Hr. Picard fort, hat sich eine revolutionäre Immobilien-Regierung gebildet, welche der Diktator proklamirte, und vor der kein Haus von heute auf morgen sicher ist. Unter dem ersten Kaiserreich wurden 5 Millionen der Expropriation gewidmet, unter der Restauration 10 Millionen (und in beiden Epochen wurden bedeutende Arbeiten ausgeführt) und jetzt stehen wir an 321 Millionen! Dabei bleibt es aber nicht, denn wir befinden uns in voller Expropriation. Man verengt hier einen Boulevard, nimmt dort einem ganzen Quartier die Lebensluft, reißt in der Cité 106 Häuser ab, was 6000 Personen auf die Straße legen heißt, u. s. w. Diese beschleunigte Veränderung von Paris ist nicht nur eine Verdrückung der Immobilien, sondern auch ein Wechsel der Kapitalien. Wenn man zum voraus die Projekte der Administration kennt, so lassen sich auf die einfachste Weise die besten Spekulationen machen; denn die Eigentümer, das weiß ich, brauchen sich über die Entschädigung nicht zu beklagen. Die mittleren und armen Klassen müssen natürlich darunter leiden. Das einzige Hilfsmittel für diese beklagenswerthe Situation ist eine von der Bevölkerung ausgehende, strenge Kontrolle: das Recht, einen Munizipalrath zu wählen.

Devincq sucht die Behauptungen Picard's zu widerlegen und zu schwächen. Er weist nach, daß der Ueberschlag von 320 Millionen für die noch auszuführenden Arbeiten hinlänglich gedeckt sei, theils durch Subventionen von dem Staat, theils durch das letzte Anlehen, sowie durch die gewöhnlichen Hilfsmittel des Budgets. Sodann sucht der Redner zu beweisen, daß die in der Stadt abgerissenen Häuser durch Neubauten vor der Stadt ersetzt worden seien, und daß die Stadt bei ihren Unternehmungen sehr sparsam zu Werk gegangen sei.

Bicomte Clary befreitet das von Devincq Gesagte, und behauptet das Gegenheil.
Henon sagt dasselbe von Lyon, was Hr. Picard über die Situation von Paris gesprochen hat. Lyon habe vor zehn Jahren nur 10 Millionen Schulden und für 15 Millionen Eigenthum gehabt; jetzt habe es 50 Millionen Schulden und kein Eigenthum mehr.

Villault hält diese Debatten über Munizipalfragen bei einer Adresse nicht am rechten Platz. Trotz dieser Bemerkung läßt sich jedoch der Hr. Minister auf eine Debatte ein und sagt, zu Hrn. Picard gewendet: Sie selbst, m. H., haben diese Lage der Munizipalität der Stadt Paris festgesetzt, welche man heute zu ändern wünscht. Die Klagen wegen der Expropriation und des daraus entstandenen Mangels an Wohnungen sucht der Redner damit zu widerlegen, daß er sagt, Paris habe seit 10 Jahren um 500,000 Seelen zugenommen, für deren Unterbringung 15- bis 16,000 Häuser nöthig seien; demnach sei nicht die Expropriation an dem Mangel an Wohnungen Schuld, sondern der erwähnte Zuwachs. 1851 zählte Paris 1,268,904 Einwohner und 40,723 Häuser; heute zählt Paris 1,737,983 Einwohner und 56,050 Häuser; demnach wurden in einem Zeitraum von zehn Jahren 15,325 Häuser in Paris gebaut, währenddem in derselben Zeit nur 2494 abgerissen wurden. Außerdem macht der Redner auf das Sterbeverhältniß aufmerksam: 1851 und 1852 kam in Paris auf 36 Einwohner ein Sterbefall; seitdem hat aber die Sterblichkeit um 10 Proz. abgenommen. Für die ärmeren Klassen sei auf andere Weise viel geschehen. Was die Anklagen gegen die städtische Verwaltung von Lyon anbelange, so seien diese durch die blühende Finanzlage der Stadt widerlegt; er habe also auf die angelegte Unordnung in ihren Finanzen keine Antwort zu geben.

Picard erwidert in sehr lebhaften Worten. Er verlangt die Wiedereinführung der Besetze, die unter einer gemäßigten Regierung das öffentliche Vermögen und die Privatinteressen schützten. Er denunziert, in Uebereinstimmung mit dem Rechnungshofe, eine vollständig unregelmäßige Rechnungsführung. Hr. Devincq selber sage, daß seit 1856 der Rechnungshof und die Stadt Paris nicht einig seien, und heute, 1861, sei die Komptabilität noch eben so unregelmäßig. Er denunziert ferner der Kammer eine städtische Verwaltung, die nach ihrem eigenen Geständniß für 135 Millionen Baupläge zu verkaufen habe, welche sie dem Gesetze zuwider, aus freier Hand, ohne sie öffentlich zu versteigern, abgebe, und die Straßen durchführe, wo sie wolle, um den Euten reich, den Andern arm zu machen. Dies dürfe nicht länger möglich sein; der einzige Schutz, die einzige Bürgschaft dagegen sei ein erwählter Stadtrath. Was er verlange, sei, daß man den Pariser Paris zurückgebe, da man doch selber anerkenne, daß Paris den Pariser geböre. Das sei sein letztes Wort.

Villault kommt abermals darauf zurück, daß man keine

bestimmten Anklagen zu formuliren im Stande sei; Alles, Operationen und Rechnungsablagen seien vollkommen überwacht und in bester Ordnung. Gegen alle diese unbegreiflichen, unbestimmten Anschuldigungen rufe er die Abstimmung der Kammer an. Sie werde durch Verwerfung des Amendements Gerechtigkeit üben. Das Amendement wird hierauf verworfen und §. 12 angenommen.

Der folgende Paragraph drückt den sehnlichen Wunsch der Kammer nach Frieden aus.

Marquis d'Audelarre benützt diese Gelegenheit, um nochmals die römische Angelegenheit in ähnlicher Weise, wie früher die H. de Flavigny, Kolb-Bernard, Michon u. ausführlich zu behandeln. Nur durch die Erhaltung der päpstlichen Herrschaft in Rom könne der Frieden erhalten werden. Sowie diese gefallen sei, werde sich die italienische Einheit zu einem sädlichen Preußen gehalten, das mit dem östlichen Preußen gemeinschaftliche Sache gegen Frankreich machen werde. Der erste Kriegshafen Großbritanniens werde nicht mehr Spithead, sondern la Spezia sein, und Algerien selbst, das seit 30 Jahren 100 Millionen jährlich koste, schwebt dann in Gefahr. Ein neuer wüthender, revolutionärer Krieg werde nach dem Falle Roms in Oberitalien, in Ungarn, Polen, überall entbrennen u.

v. Beauverger. Er sieht den Frieden in der Aufrechterhaltung des großen Programms Heinrich's IV. gesichert, das sich heute vollkommen durch die englisch-französische Allianz einerseits, durch die aufrichtige und vollständige Ausführung des Friedens von Villafranca andererseits verwirklichen lasse. Es sei der Gegenwart vorbehalten, die große Aufgabe, die Versöhnung des Prinzips der Freiheit mit dem der Autorität, zu lösen, und dies könne nur geschehen durch die kaiserl. Politik, welche weder die des Friedens um jeden Preis, noch die des Krieges um jede Veranlassung sei.

§. 13 wird angenommen, ebenso ohne weitere Diskussion die §§. 14, 15 und 16.

Zu §. 17, der sich auf die neue Organisation Algeriens bezieht, hat Jules Favre ein Amendement gestellt, das für die afrikanische Kolonie zivile Verwaltung und Vertretung in dem Gesetzgebenden Körper wünscht. Nach einer Rede Favre's wird die Diskussion abgebrochen und auf morgen vertagt.

Deutschland.

Karlsruhe, 21. März. Seine Durchlaucht der Fürst zu Leiningen ist heute Mittag nach London abgereist und wird dort der Beisitzung der Leiche seiner Großmutter, der Herzogin von Kent, anwohnen. Einige Tage nachher kehrt der Fürst hieher zurück.

Die in der „Badischen Landeszeitung“ enthaltene Nachricht von der in Berlin erfolgten Ankunft Sr. Großh. Hoheit des Prinzen Wilhelm ist nicht begründet. Ebenfalls unrichtig ist die Mittheilung der Reise des Herzogs von Sachsen-Koburg-Gotha nach London.

Karlsruhe, 21. März. Die „Badische Landeszeitung“ hat seit ungefähr 8 Tagen mehrere Artikel gebracht, die sich mit der Reform unserer Rechtspflege befassen. Aus dem einen und dem andern derselben leuchtet nur zu deutlich die Absicht hervor, das Vorhaben der großh. Regierung in dieser Richtung zu verdrängen. Mit welchem Leichtsinne diese Artikel geschrieben sind, wird man aus folgendem entnehmen. Es ist eine durch viele deutsche Blätter den Zeitungslesern

Eine gemüthliche Geschichte.

(Fortsetzung.)

Hrns Proposition wurde mit stürmischem Beifall angenommen. Als sich dieser gelegt hatte, ergriß Dr. Schred wieder das Wort. „Meine Herren! begann er, ich habe dem ausgezeichneten Plane des Dr. Juch ein bereitwilligste Mitwirkung zugesagt. Hiermit ist aber leider für das Journal noch immer nicht Alles gethan. Ein sehr wichtiger Bestandtheil fehlt uns noch immer, nämlich jene Kleinigkeiten aus dem täglichen Leben, die alle interessieren, weil sie alle mehr oder weniger nahe berühren, und dieser Mangel ist sehr schwer zu ersetzen. Die Herren, welche sich mit Rechnischem befassen, leiden durchschnittlich an einem graßlichen Uebel, sie schreiben mit ungläubiger Geschwindigkeit fortwährend sich selbst ab. Sie haben regelmäßig vierteljährig einen neuen Gedanken und variiren ihn dann ein Duzend Mal. Da er aber von Haus aus schlecht war, so wird er durch das bedauerliche Wiederläuten nicht besser. Jene, die eine löbliche Annahme bilden, sind von einer anderen Krankheit, von unheilbarer Trägheit, befallen. Da ist z. B. das liebenswürdige Faulthier, Hans Juch genannt. So oft er in einer Redaktion erscheint, können Sie darauf wetten, daß er hungrig ist. Er arbeitet stets nur dann, wenn er durch drei Tage nichts gegessen hat. Auch möge ihn der Himmel in Noth und Elend erhalten, sonst stirbt das Genre, das er kultivirt, gänzlich aus.“

In diesem Augenblick pochte Hans Juch zaghaft an die Thüre. Dr. Schred empfing ihn mit zuvorkommendem Lächeln. „Sieh da, Herr Juch!“ rief er ihm entgegen. „Wir haben so eben auf's schmeichelhafteste Ihrer gedacht. Was bringen Sie uns, meine Rabe?“

Freund Hans sucht eine Wohnung und macht eine schmerzliche Entdeckung.

Hans Juch überreichte beiseiten sein Manuscript. Dr. Schred legte sein Gesicht in ehrwürdige Falten, zupfte einige Male nachdenklich an seiner Nase und starrte dann eine Weile tiefinnig auf's Papier. „Ja, sehen Sie, lieber Freund!“ sprach er endlich, „mit Ihren Arbeiten ist es eine schwere Sache; seien Sie überzeugt, eine schwere Sache. Sie gehen zu sehr in die Breite, viel zu sehr in die Breite, und dabei sucht er seine Meinung nimmisch zu versinnlichen, indem er mit der Hand über's Papier fuhr, als streiche er Butter auf Brod. „Nun gehen Sie so sehr in die Breite?“ fuhr er dringend fragend fort. „Eagen Sie mir um's Himmels willen: warum thun Sie das? Auch halten Sie sich nie genug objektiv! Glauben Sie mir, lieber, Sie halten sich nie genug objektiv!“ Dabei blickte der große Mann mit würdevoller Selbstzufriedenheit vor sich hin, als hätte er so eben eine neue mathematische Wahrheit ausgesprochen.

Hans Juch stand beschämt da wie ein Schuljunge, den der Lehrer auf einem gewaltigen orthographischen Schiefer ertappt. Nun dünkte ihm selbst, er gehe stets zu sehr in die Breite und halte sich nie genug objektiv. Er fühlte, er habe seinen Beruf verfehlt und bedauerte recht sehr, nicht ein braver Schuster geworden zu sein. Von diesem verlangen man weder einen gebärgten Styl noch Objektivität.

„Auf keinen Fall!“ fuhr der würdevollere Dr. Schred nach einer längeren Pause fort, „kann ich Ihnen in diesem Augenblicke eine bestimmte Antwort geben; die Sache will geprüft, sehr ernstlich geprüft sein, und ich bin mit Geschäften überhäuft, setze er hinzu, während er leuchtend den Kopf senkte, als würde ihn die große Last der Geschäfte nieder. „Wollen Sie sich ja doch morgen herbeiwenden; ich werde die Nacht zu Hilfe nehmen und Ihnen dann etwas Bestimmtes zu sagen wissen.“ Hans Juch empfand sich und sein Manuscript der wohlwollenden

Nachricht des strengen Doctors und ersennte sich gedrehten Herzens. Der Doktor schien jedoch keineswegs gelassen, die Nacht zu Hilfe zu nehmen, auch schien er mit einer bestimmten Antwort bereits sehr so ziemlich im Reinen. Wenigstens benützte er den Moment, in welchem Juch die Thüre hinter sich schloß, um anzuzupringen und trotz seiner Würde und Wohlbeleibtheit mit dem hochgehaltenen Manuscript im Polkschritt durch's Zimmer zu lämpeln.

„Eben Sie, meine Herren!“ rief er, als er sich erhob, von der ungewohnten Leibesübung auf einen Divan warf, „das ist's, was ich meine: „Leiden eines Zimmerherm!“ wenigstens fünfzehn Zeilen, fünfzehn kleine Skizzen, die zwanzigtausend Menschen lebhaft interessieren! Hans Juch ist ein höchst schätzbares Individuum, bei ihm weiß man doch, wozu er Augen erhalten. Uebrigens hoffe ich, der ausgezeichnete junge Mann werde meine wohlgemeinten Rathschläge nicht allzu pünktlich befolgen. Er ist der Einzige, der sich stets objektiv hält und nie zu sehr in die Breite geht.“

Als Hans Juch am nächsten Tag erschien, empfing ihn Dr. Schred mit sehr ernster Miene. Er hielt eine längere Rede, die aus lauter Crallesprüchen bestand. Er sprach von den schwierigen Verhältnissen im allgemeinen und der außerordentlich delikaten Stellung des „Zeitspiegel“ insbesondere; er klagte mit auffallender Betonung über die Zubringlichkeit so vieler Leute, die ohne eigentlichen Beruf sich mit Dingen befassen, von welchen sie nichts verstehen, und beschäftigte sich längere Zeit mit einer wissenschaftlichen Erörterung über den Juch, der auf steriler Talentlosigkeit lasse.

(Fortsetzung folgt.)

Hr. Friedrich Haas hat seine Petersburger Saison, mit Auszeichnungen aller Art und Geld bereichert, beendet, um nach Deutschland zurückzukehren. Da er aber seinen Prozeß gegen Hrn. v. Hülsen verloren hat, so ist sein Gastspiel an dem Hamburger Thalia-Theater für den Frühling wieder zweifelhaft.

hinreichend bekannt gewordene Thatsache, daß sich die Justizminister mehrerer deutschen Staaten, darunter auch die von Württemberg und Baden, vereinigt haben, um bei den beiden deutschen Großmächten eifrig dahin zu wirken, daß dieselben in möglichster Bälde die Initiative ergreifen möchten, um ein gemeinsames deutsches bürgerliches Verfahren, und zwar auf Grundlage der hannoverschen Gerichtsverfassung und Zivil-Prozessordnung, ferner ein gemeinsames deutsches Strafverfahren herbeizuführen. Es ist ferner bekannt geworden, daß dieses Bestreben von den höchsten Regierungen der Großmächte, welche ohnedies schon mit demselben Gedanken beschäftigt waren, sehr günstig aufgenommen und von ihnen alsbald die Hand an's Werk gelegt wurde. Die jüngste Mittheilung des k. preussischen Cabinets an den diesseitigen Minister sagt u. A.: „Die kais. österr. Regierung hat sich schon im Allgemeinen bereit erklärt, zu diesem Zwecke gemeinschaftlich mit Preußen die Initiative zu ergreifen und es sind eben jetzt von uns Verhandlungen mit Oesterreich eingeleitet worden, um Berabredungen über die vorbereitenden Schritte zur Entwerfung einer Zivilprozessordnung zu treffen. Bei Ausarbeitung der letztern würde aber auch auf den Strafprozess Rücksicht zu nehmen und dessen gemeinsame Reform ebenfalls in den Kreis der gestellten Aufgabe mit aufzunehmen sein. Nach den bisherigen Erklärungen Oesterreichs und Württembergs darf die Hoffnung als berechtigt angesehen werden, daß die angeknüpften Verhandlungen nicht erfolglos bleiben werden.“

Wir verweisen ausdeshalb auf die ausführlichen Mittheilungen, welche der k. württembergische Justizminister am 11. d. M. der dortigen Kammer der Abgeordneten über diese Angelegenheit gemacht hat. Nach diesen Vorgängen, deren Anfang all dem weit vorangeht, was in Baden seit einiger Zeit über diesen Gegenstand der Gesetzgebung geschrieben worden ist, kann es nicht zweifelhaft sein, von welchen Grundsätzen die groß. badische Regierung und das Justizministerium insbesondere bezüglich einer Reform der Rechtspflege ausgeht und was sie anstrebt.

Wenn nichtsdestoweniger in einem badischen Blatte in der allerjüngsten Zeit wiederholt der Versuch gemacht worden ist, Mißtrauen über die Absichten der Regierung zu verbreiten und Agitationen zu veranlassen, so kann dies nur auf Unkenntnis obiger Thatsachen oder auf bösem Willen beruhen.

4. Bruchsal, 20. März. (Schwurgericht.) Heute Vormittag 9 Uhr wurde unter dem Vorsitz des groß. Hofgerichts-Raths Dr. Puchelt die Frühjahrsitzung des mittelhessischen Schwurgerichts mit einer kurzen und kräftigen Ansprache eröffnet. In den meisten Ländern — sagte er — würden die Schwurgerichte als Hort der bürgerlichen Freiheit betrachtet. Es sei dieser hohe politische Werth derselben für die meisten Staaten auch nicht zu verkennen; für unser Baden, in dem von je her der Richterstand frei und unangefastet dagestanden, sei jener Gesichtspunkt jedoch von untergeordneter Bedeutung. Wie aber die Wichtigkeit und Zweckmäßigkeit eines jeden Gesetzes vorzugsweise an der leitenden Hand der Erfahrung geprüft werden könne, so ergebe sich auch insbesondere an unserm Schwurgerichts-Gesetze als Resultat einer zehnjährigen Erfahrung, daß das formelle mit dem materiellen Rechte entsprechende erscheine, eine namhafte Verminderung der Verbrechen und nicht minder ein heilsamer Einfluß auf die öffentliche Moral zu Tage trete. Das Land möge sich bei diesem Zustande, bei welchem das Volk, sowie zur Gesetzgebung, so auch zur Ausübung eines wesentlichen Theils der Staatsgewalt mitwirke, Glück wünschen. Ehre sei aber auch den Männern, die dazu beigetragen, dieses in seinen Einzelheiten jedem Landmann verständliche Gesetz ins Leben zu rufen.

Die eingeladenen Haupt- und Ersaggeschwornen hätten sich vollzählig eingefunden, mit Ausnahme eines Einzigen, der jedoch für die ganze Sitzung als entschuldigend erklärt wurde.

Zur Verhandlung kam die Anklage gegen den 47 Jahre alten ledigen Diensthilfs-Sylvester Böschle von Kammerweier, wegen fahrlässiger, durch vorläufige Körperverletzung verursachter Tödtung. Das Thatsächliche des Falls läßt sich kurz dahin zusammenfassen: Am Abend des 16. Sept. v. J. kam der Angeklagte in die Wohnung des Hofbauern Severin Harter von Nordrach, Amtsgerichts Gengenbach, während der Hausherr im Wirthshaus abwesend war. Dort betrug sich der Angeklagte in sehr roher Weise, mißhandelte namentlich die Magd, weil diese einen Sohn des Hauses, sich vor das Haus zu flüchten, als dieser der Magd beistehen wollte; Severin Harter erfährt dies von dem Letzteren, als er heimkam, und sobald er in die Stube getreten war, machte er von seinem Hausrechte einen sehr verben Gebrauch, indem er dem Angeklagten einen Faustschlag in das Gesicht verfeigte und ihn vor die Stube, später auch vor die Hausthüre schaffte. Sodann trieb er den Angeklagten vor sich her gegen die benachbarte Wohnung von dessen Dienstherrn, einem Bruder des Severin Harter. Dabei erhielt nun derselbe einen Messerschlag in den linken Vorderarm, welcher die eine Schlagader verletzte und nach etwa 8 Wochen (am 28. Okt. v. J.) den Tod des Severin Harter verursachte.

Nach den Behauptungen der von Hrn. Staatsanwalt Haas begründeten Anklage soll der Angeklagte vorläufig im Affekte gestochen haben, wobei von ihm der Tod des Severin Harter mit dem mittleren Wahrheitsgrade habe als Folge seiner Handlung vorhergesehen werden können. Der Angeklagte dagegen behauptet, daß er nur zum Schutze gegen die fortwährenden Mißhandlungen des Severin Harter die Hände vor das Gesicht gehalten, und in diesem zufällig das geöffnete Taschenmesser gehabt habe, in welches Harter selbst seinen Arm geschlagen habe.

Der Verteidiger, Hr. Obergerichtsadvokat Kusel, schloß sich dem an, und behauptete insbesondere, daß der Angeklagte den Tod des Severin Harter nur als sehr unwahrscheinlich habe vorhergesehen können, weil bei besserer ärztlicher Behandlung und bei größerer Vorsicht des Verletzten dieser sicherlich geheilt worden wäre.

Der Wahrspruch der Geschwornen entsprach jedoch den Anträgen der Anklage, worauf der Gerichtshof den Angeklagten zu Arbeitshausstrafe von zwei und einem halben Jahre verurtheilte.

2. Mannheim, 20. März. Heute begann dahier die Schwurgerichts-Sitzung des ersten Quartals unter dem Vorsitz des groß. Hofgerichts-Raths Köwig. Nach der Tagesordnung kommen nur drei Fälle zur Verhandlung: der Versuch eines gefährlichen Diebstahls, der Versuch einer Brandstiftung, und eine durch vorläufige Körperverletzung verursachte fahrlässige Tödtung, so daß diese Sitzung voraussichtlich schon am Freitag Abend geschlossen werden wird. Der zuerst genannte Fall bildete den Gegenstand der heutigen Verhandlung. Der Angeklagte, Valentin Streyle von Reimen, hatte sich am 13. Nov. v. J., Abends zwischen 9 und 10 Uhr, in die Scheune des Jakob Reining daselbst eingeschlichen, war vermittelst einer 13' hohen Leiter auf den Heuboden gestiegen, von da in das anstoßende Wohnhaus gelangt, und als er im Begriffe stand, in einer Kammer des zweiten Stocks Penden aus einem Wäschkorb zu entnehmen, von der Ehefrau des Reining entdeckt und von Letzterer selbst festgenommen worden. Die Geschwornen beantworteten die an sie gestellten Fragen nach den Anträgen der Staatsbehörde, worauf der Schwurgerichtshof den Angeklagten wegen Versuchs eines gefährlichen Diebstahls zu einer Arbeitshausstrafe von sechs Monaten mit Schärffungen verurtheilte.

2. Mannheim, 20. März. An die Stelle des Abg. Heuser, welcher sein Mandat niedergelegt hat, wird nicht nur der Alt-Deubürgermeister Dissen empfohlen, sondern von einer andern Seite her auch Obergerichtsadvokat Dr. Ladenburg, ein Israelite, dessen Wahl allem Vermuthen nach gerade Gelegenheit geben soll, zu zeigen, ob seine Glaubensgenossen in politischen Rechten gleichgestellt seien mit den übrigen Einwohnern Badens. Es darf aber dabei nicht übersehen werden, daß der Ersatzmann für Hrn. Heuser von den alten Wahlmännern gewählt wird, und erst der Wahl für den durch's Votum ausgetretenen Abg. Achenbach auch eine neue Wahlmännerwahl vorangehen muß.

Der durch die Ministerz. Sr. Königl. Hoheit des Großherzogs neu aufgestellte Antikensaal gewährt jetzt schon in der Abtheilung der größten Skulpturen, namentlich der Todtenlisten von Volterra, einen schönen Anblick. Auch an dem neuen Kataloge der Steinschriften wird gearbeitet, und namentlich u. A. einer Sammlung von Inschriften nachgeforcht, welche nach Dr. Fröhner's Andeutung im „Philologus“ ein Uimer Philolog dem Prospe zu Badnang im 15. Jahrhundert abschriftlich zugesandt haben soll, eine Sammlung, deren Spur jetzt verloren ist.

Die herrliche Sammlung von Alpenpflanzen, welche Hr. Heusel sen. auf Verlangen noch einmal gestern zum Besten des Germanischen Museums ausgestellt hat, verfehlte nicht, viele Bewunderer anzuziehen und mit ihnen eine recht schöne Einnahme für den genannten Zweck zu erwirken.

Den Schluß der Abendunterhaltung bildet nächsten Dienstag der Vortrag des Hrn. Prof. Dr. Zimmermann über ein historisches Drama von Shakespeare, Richard II.

Protestantische Einwohner hiesiger Stadt haben sich mit dem Verwaltungsrath der Karlsruher Diakonissenanstalt in Verbindung gesetzt, welche auf Diersen zwei Diakonissen hieher senden will. Aus dieser Veranstaltung soll, durch freiwillige Beiträge, zu welchen aufgefördert wird, eine ständige Krankenpflege evangelischer Einwohner durch Diakonissen hervorgehen.

XX Gernsbach, 20. März. Die Namen der jüngst bei uns neu gewählten Bürgermeister sind Ihnen bereits bekannt. Zu bemerken ist nur noch, daß dieselben durchweg Männer von edelm Schrot und Korn, das ist von guten und loyalen Gesinnungen sind. — Ein anderes Ereigniß, aus weiter Ferne uns mitgetheilt, macht gegenwärtig im Thale einen tiefen Eindruck. Am 12. Nov. v. J. nämlich sind mehrere Familien und einzelne Personen aus dem Dorfe Lautenbach und andern benachbarten Ortshäusern nach Nordamerika ausgewandert. Nach einem 14tägigen Aufenthalt der Leute in Bremen, dann 50 Tage lang auf offener See mit Sturm und Wellen kämpfend, geschah es, daß das Schiff am 12. Jan., früh 5 Uhr, etwa 4 Tagereisen noch von New-York entfernt, vom unteren Raum aus in Brand gerieth. Nachdem alles Mögliche vergeblich sich gezeigt hatte, ließ der Kapitän des Schiffes, nach übereinstimmenden Berichten, das Rettungsboot mit Proviant füllen, fuhr mit den Matrosen vom Schiff ab, und überließ die Unglücklichen, gegen 200 Personen an der Zahl, ihrem Schicksal. Nur wie durch ein Wunder kam den bereits zum Tode sich Vorbereitenden etwa Nachmittags 3 Uhr ein englisches Schiff in Sicht, das rasch segelnd mitleidig die Schiffbrüchigen sammelte aufnahm. Kaum eine Viertelstunde nach ihrer Rettung sahen sie das lichterloh brennende Schiff vor ihren Augen in die Fluthen des Meeres sich senken. In den folgenden 10 Tagen, bei der großen Anzahl Leute auf dem Schiff noch mit Hunger und Durst kämpfend, wurden die bedrängten Auswanderer endlich zu Norfolk im Staat Virginia, also über 300 Meilen weit von ihrem Ziel, von Allem entblößt, an das Land gebracht. Leider konnten wir bis jetzt weder den Namen des Schiffes, noch seines Kapitäns ermitteln. Manchem bei uns, der sich gegenwärtig nach der neuen Welt sehnte, ist durch die Kunde dieser schauerlichen Begebenheiten der Muth etwas abgefaßt.

*** Stuttgart, 20. März.** In der heutigen Sitzung der Abgeordneten-Kammer regte der Abg. Hölder die Bildung einer neuen Kommission für alle Fragen an, welche sich auf das Verhältnis der Kirche zum Staate beziehen, da die staatsrechtliche Kommission der Ansicht der Kammermajorität — wie sich bei der Konfessionsdebatte gezeigt — nicht entsprach. Nach längerer Diskussion wurde jedoch kein betr. Antrag mit 48 gegen 36 Stimmen abgelehnt.

Weiter ist aus der Sitzung noch die Antwort zu bemerken, welche der Minister des Auswärtigen, Frhr. v. Hügel, auf die von Reyscher eingebrachte Interpellation gibt: ob und

in welcher Weise die k. Staatsregierung bei den Bundesbeschlüssen, betreffend die kurhessische Verfassungsfrage, mitgewirkt habe, und ob sie geneigt sei, die betreffenden Bundesprotokolle der Kammer mitzutheilen, insbesondere die württembergischen Abstimmungen. Der Minister erwidert die Bemerkung voraus, daß er bei seinem Amtsantritte die kurhessische Verfassungsangelegenheit als eine Erbschaft vom Beneficio inventarii angetreten habe. Die Kammer werde nach den zu gebenden Erklärungen nicht verkennen, daß die Regierung stets von dem aufrichtigen Wunsche bejeelt gewesen sei, eine Regelung des gestörten Rechtszustandes in Kurhessen herbeizuführen. Schon im Jahr 1860 habe man Veranlassung genommen, in dieser Sache thätig zu sein. Dem Bundesbeschlusse vom 27. März 1852 habe die k. Regierung nicht zugestimmt, wiewohl nur aus zufälligen Gründen; übrigens würde die Regierung ihre Zustimmung nur unter gewissen Restriktionen gegeben haben. Nachdem aber der Beschluß per majora gefaßt gewesen, habe die Regierung sich enthalten können, darauf zurückzukommen. Der Minister habe sich aus Gründen des Rechts und der Zweckmäßigkeit für den Vermittlungsversuch auf der Basis der Verfassung vom Jahr 1832 entschieden, indem auch eine Verständigung auf der Grundlage der Verfassung von 1831 mit den größten Schwierigkeiten verbunden erscheine. In ihrer Auffassung sei unsere Regierung mit der Rechtsausführung des Hrn. v. Marschall in wesentlicher Uebereinstimmung. Auch Erwägungen von politischer Natur haben die königliche Regierung veranlaßt, auf den preussischen Antrag nicht einzugehen, welcher zudem ein Verfahren in sich schließe, welches gegen den Art. 56 der Bundesakte stoßen würde. Betreffend die Veröffentlichung der Bundesprotokolle werde der Minister sämtliche Protokolle und Abstimmungen zur Mittheilung zu übergeben einen Anstand nicht nehmen.

Reyscher: Er danke für die erhaltene Auskunft. Er habe die Besorgniß gehegt, daß unsere Regierung all den Bundesbeschlüssen zugestimmt habe, wodurch im Lauf der fünfziger Jahre der verfassungsmäßige Zustand in Kurhessen total verändert worden sei. Ferner sei er von der Hoffnung ausgegangen, daß unsere Regierung Schritte thun werde, daß der konstitutionelle Rechtszustand von 1831 in Kurhessen wieder hergestellt werde. Er behalte sich vor, auf geschäftsordnungsmäßigem Wege diesen Gegenstand weiter zu verfolgen.

München, 20. März. (A. J.) In der heutigen Sitzung der Kammer der Abgeordneten war der Hauptgegenstand der vom Abg. Dr. Paur gestellte Antrag bezüglich der Ansführung des Handelsverkehrs der Juden. Nach einer belebten Diskussion erbot sich fast die ganze Kammer für den Antrag. Der Beschluß geht sofort an die Reichsstraße.

X Koblenz, 20. März. Gestern hat die öffentliche Versteigerung der sehr bedeutenden, in 6 Gemeinden unserer Umgebung und in unserer Stadt gelegenen Güter des Grafen von Vassenheim stattgefunden. Dieselben wurden zuerst einzeln, dann insgesammt ausgeteilt, und da dieses letztere ein besseres Resultat ergab, der ganze Güterkomplex für 465,000 Thaler dem Legitibitenden, welcher ein Bevollmächtigter unseres Ministerpräsidenten Fürsten von Hohenzollern-Sigmaringen war, zugeschlagen. Die Zahl der Kaufteilhaber war groß, sowohl für Parzellen als für das Ganze, auf welches außer den Gläubigern auch mehrere Personen aus Bayern Gebote gethan haben.

Die ins Stoden getathenen Unterhandlungen mit Frankreich wegen eines Handelsvertrags sind, nachdem der französische Bevollmächtigte neue Instruktionen erhalten, wieder angeknüpft worden. Man hegt in höhern Verwaltungskreisen die Ansicht, daß das Zustandekommen eines solchen Vertrags allerdings nicht außer aller Wahrscheinlichkeit liege, daß aber dennoch noch manche Schwierigkeiten zu überwinden bleibe, zumal viele Forderungen und Wünsche der übrigen Zollvereins-Staaten nicht ohne Berücksichtigung bleiben könnten.

Der neulichen Mittheilung über das Projekt einer von hier durch die Eifel nach Belgien zu bauenden Eisenbahn ist noch hinzuzufügen, daß die belgischen Unternehmer vom Staate einen Zuschuß von 70,000 Thlrn. pro Meile fordern, was bei dem gebirgigen Terrain für nicht zu viel angesehen werden kann, daß die Stadt Trier gegen diese, sie nicht berührende Bahn protestirt, und daß noch mehrere Orte an der Mosel einen Schienenweg beantragen, der dem Fluß entlang führt.

Düsseldorf, 14. März. (N. Br. J.) Vor einigen Tagen hat hier ein zahlreich besuchter Rittertag der rheinischen autonomen Ritterschaft stattgefunden.

Samburg, 15. März. (Wes.-Ztg.) Es kann als gewiß angesehen werden, daß gestern die Befestigungen am Dannerke unter Verwendung von 300 Mann begonnen haben. Die in den Positionen aufzustellenden Blockhäuser, die in Kopenhagen gebaut wurden, sind vollendet und befinden sich bereits auf dem Wege. Es verlautet außerdem aus sicherer Quelle, daß der Minister für Holstein vor kurzem einen Bericht nach Kopenhagen eingesandt habe, worin jede Ansicht auf Versöhnung als hinlänglich dargestellt wurde.

Zehe, 16. März. (Wes.-Ztg.) Es hatte sich in den letzten Tagen das Gerücht verbreitet, daß Hr. Raasloff von Kopenhagen mit neuen Vorklagen versehen und namentlich in finanzieller Beziehung zu leidlichen Konzeptionen ermächtigt worden sei. Doch entbehrt dieses Gerücht, zum mindesten bezüglich der angeführten neuen Vorklagen, jeder Begründung; wobegen allerdings wahr sein dürfte, daß Hr. Raasloff die Ermächtigung erhalten hat, der Ständeverammlung bezüglich der Ordnung des Provisoriums eine Genehmigung zu Konzeptionen zu erkennen zu geben, um auf diese Weise die Stände zu vermögen, auf die desfallsige Regierungsvorlage, wenn auch unter Vorbehalt und eventuell mit weitergehenden Ansprüchen, einzutreten.

Zehe, 16. März. (S. f. N.) Unter den politischen Petitionen ist eine besondere von dem Grafen Kuno v. Rangau, Führer eines schleswig-holsteinischen Freikorps

im Jahr 1848, eingegangen; eine in Kiel entworfene ist mit je einem Unterzeichner aus verschiedenen Städten und Districten und ebenso eine im Süder-Dithmarschen entworfene eingelaufen. Die letztere lautet, wie folgt: „Ich unterschreibe erkläre hierdurch, daß ich die althergebrachte Verbindung zwischen Schleswig und Holstein für mein theuerstes Erbtheil erkenne und daß ich mir dasselbe auf keine Weise verkümmern lassen will. Ich fordere daher von der gegenwärtig in Jæbøe tagenden Ständerversammlung, daß dieselbe diese heilige Verbindung aufs äußerste schütze.“

CS. Berlin, 20. März. In der heutigen Sitzung des Hauses der Abgeordneten brachten die Polen einen Antrag ein, welcher darauf abzielt, den Polen ihre nationalen und politischen Rechte wiederzugeben. Der Antrag wird einer besonderen Kommission von 14 Mitgliedern überwiesen. Das Haus nimmt hierauf den Gesetzentwurf bezüglich der Abfassung der den geistlichen u. s. w. Instituten zustehenden Realakten nach den Vorschlägen der Kommission an und beschließt sich schließlich mit dem Antrag des Abg. Reichensperger, betreffend den Bau der Crefeld-Kempen-Geldern-Elve-Nymwegener Eisenbahn. Hr. v. Binde verlangt den Uebergang zur Tagesordnung über diesen Antrag; der Regierungskommissar erklärt sich gegen den Kommissionsvorschlag und nach längerer Diskussion wird der Antrag des Abg. v. Binde angenommen. Am Samstag verläßt sich das Haus bis Donnerstag nach Ostern.

Dresden, 20. März. (Hess. Bl.) Das „Dresdener Journ.“ theilt heute mit: Der Bericht des Ausschusses der Abgeordneten-Kammer über die kurbessische Frage beantragt einstimmig: „Bewahrung einzulegen gegen die Verletzung des Bundesstaats, die in anerkannter Wirksamkeit bestehende Verfassung eines Bundesstaats außer Wirksamkeit zu setzen.“ Vier Mitglieder des Ausschusses beantragen: zur Verhinderung des verletzten Rechtszustandes in Kurhessen, unter Festhaltung der Rechtsbeständigkeit der Verfassung von 1831, mitzuwirken. Vier andere Mitglieder beantragen nur die Mitwirkung auf Wiederherstellung der verfassungsmäßigen Zustände Kurhessens.

Wien, 21. März. (Sch. M.) Landtagswahl. Ergebnisse: Josephstadt Hr. Feldner, Alservorstadt Schuffelsa, Landstraße Jang, Mariahilf Advokat Bauer, Neubau Dr. Schindler, Leopoldstadt Villersdorff. Handelskammer: Steinwegmeister Mayer, Fabrikant Neckenschuß, Spediteur Wintersteiner, Handelskammer-Präsident Däd. Innerer Stadt: Schmerling, Kuranda, Advokat Berger, Mühlfeld, Superintendent Franz. Prag: Statthalter Forzach, Advokat Pinfas, Bankier Kämel, Weihbischof Krejci, Professor Hasner, Dr. Jric. Egerer Handelskammer: Minister Plener. Reichenerb und Schlackenau: Schmerling.

Prag, 20. März. (A. J.) In Deutsch-Böhmen sind alle Wahlen ministeriell. Minister v. Schmerling und Graf Forzach wurden mehrmals gewählt. Prag ist noch unentschieden.

Oesterreichische Monarchie.

Wesib, 17. März. An Wahlen für das ungarische Parlament sind hier bis heute 90 bekannt, darunter 70 Kosakutbaner, 12 Altliberale und 8 von unbekannter politischer Farbe.

Vom 16. meldet man dem „Bänderer“ telegraphisch aus Pesth: Baron Sennyey ist so eben eingetroffen, der Tavernicus von Mailand wird morgen erwartet, Graf Apponyi soll Montag, längstens Dienstag hierher kommen, und nach dessen Eintreffen wird sogleich die Aktivierung der Gerichtsbesetzung auf Grund der Juber-Curial-Konferenzbeschlüsse erfolgen.

Agram, 19. März. Eine Korrespondenz der heutigen „Agr. Ztg.“ aus Sarajevo vom 12. d. M. berichtet folgendes über die neuesten Vorgänge in Bosnien und der Herzegowina: Wir leben hier in fieberhafter Aufregung und Spannung, was uns die nächste Post aus Mostar bringen wird, denn die bisherigen Nachrichten sind sehr beunruhigender Natur. Der früher in Aussicht gestellte Aufstand der Masafs ist in der ganzen Herzegowina ausgebrochen, und die Montenegro sind in beträchtlicher Anzahl erschienen, um dem Aufstande eine größere Ausdehnung und Wichtigkeit zu verleihen. Aus Allem ist zu ersehen, daß fremde Einflüsse thätig sind, um den Aufstand moralisch und finanziell zu unterstützen.

Wie man vernimmt, wird auf allen Seiten gekämpft, und zwar bisher größtentheils zum Nachtheil der Türken. Die an der montenegrinischen Grenze gelegenen türkischen Dörfer bei Nisch, Kofasin, Korenic, ja selbst in der Gegend von Trebigne, Talidja, Nevešine und Boca sind von den Aufständischen eingeäschert, und den türkischen Truppen durch Ueberrumpfung und Wegnahme der Kriegs- und Proviandtransporte empfindliche Verluste beigebracht worden. Von hier aus wird alles Mögliche gethan, um die türkischen Streitkräfte zu verstärken und mit Munition und Proviand zu versehen. Mit Ausnahme von 4 Bataillonen Nizams ist alles reguläre Militär nach dem Kriegsschauplatz abgegangen; ebenso sind in Bosnien schon bei 7000 Bajschibozuks ausgehoben und dahin abgeschickt worden; dieser Tage werden wieder vom allgemeinen Aufgebot 2000 Mann dahin abgehen.

Italien.

Turin, 20. März. (A. J.) Turin ist aus Paris und London zurückgekehrt, und hatte sogleich eine längere Audienz beim König und wichtige Konferenzen mit dem Ministerpräsidenten. B. Emanuelli wurde eben zum „König von Italien“ proklamiert. 101 Kanonensprüche verurtheilten es den Bewohnern der Hauptstadt.

Turin, 20. März. Der König hat die Entlassung sämtlicher Minister angenommen. Graf Cavour wird ein neues Kabinett mit Elementen von ganz Italien bilden. (S. Paris.)

Frankreich.

* Paris, 20. März. Die „Patrie“ glaubt versichern zu können, daß die von einem Turiner Blatt gebrachte Nachricht,

General Goyon werde in Rom durch einen andern General ersetzt werden, vollkommen unbegründet ist. — Auf tel. Wege ist die Nachricht hier eingetroffen, daß das sardinische Ministerium seine Entlassung eingereicht hat. Graf Cavour wurde mit der Bildung eines neuen, mehr italienischen als piemontesischen Kabinetts beauftragt. — Die Angelegenheit des Bischofs von Poitiers wird nächste Woche vor dem Staatsrathe zur Verhandlung kommen. — Heute fand eine Sitzung der belgisch-französischen Handelskonferenz statt. Man beschäftigte sich mit den Weinzöllen. — Nächsten Freitag findet die dritte und, wie Einige behaupten wollen, letzte Vorstellung des „Tannhäuser“ statt. — Die Generalversammlung der französischen Bank hat den Grafen Pillet-Will zum Direktor auf 2 Jahre, an Stelle seines Vaters, des verstorbenen Grafen Pillet-Will, ernannt. — 3proz. 68.20. Df 686.25.

* Paris, 20. März. Die Nachrichten aus der Herzegowina, aus Montenegro machen hier großes Aufsehen, und wenn auch die „Patrie“ nicht wie 1859 bereits ausrief: „Wir tanzen auf einem Pulverfaße!“ — so verkennt doch Niemand den Ernst dieser Ereignisse, in dem Augenblicke, wo es in Ungarn so gewaltig gährt, wo die Polen ihre Rechte auf eine eigene Nationalität geltend machen, und Garibaldi einen Feldzug für den nächsten Monat anzeigt. Die hiesige polnische Emigration ist sehr thätig, um die Sache ihres Landes im englischen Parlamente zur Sprache zu bringen. — In 2 Monaten — sagte mir gestern einer dieser Herren — wird kein Russe mehr in Polen sein.“ Ich meinerseits muß diese Zuversicht durch ein ? beinträchtigen. Nicht minder rührig sind die Ungarn. Turin, Klapa und Kofuth sind fortwährend zwischen Turin, Paris und London unterwegs, und Ende des Monats wird die ganze Gesellschaft in Genua zusammenzutreffen, um dort abzuwarten, was das ungarische Parlament beschließen wird. — Im auswärtigen Ministerium ist der Text des mit der Porte abgeschlossenen Handelsvertrags eingetroffen. Die Ratifikation wird in längstens 2 Monaten erfolgen. — Beinahe hätte ich vergessen, des berühmten Kastranienbaumes vom 20. März zu erwähnen — er verfehle nicht, seinen Namen zu rechtfertigen und sich mit Blättern zu bedecken. Den ganzen Tag über gingen, trotz des unfreundlichen Wetters, zahlreiche Neugierige nach dem Tuilerieengarten.

Rußland und Polen.

Warschau, 17. März. Die Nachricht von dem Rücktritt des Geh. Rathes v. Muchanoff wurde (der „Breslauer Ztg.“ zufolge) in der vorgestrigen Abend Sitzung des Bürgerausschusses mit lautem Beifallsrufen, Händeklatschen, Hutschwenken begrüßt. Hr. Laszczynski, der Nachfolger Muchanoffs, war bis jetzt Zivilgouverneur des Regierungsbezirks Warschau und erfreute sich in dieser Stellung der Sympathien des Landes. „Seine Ernennung“ (sagt die „Bresl. Ztg.“) zum Chef der neu zu errichtenden Regierungskommission der Unterrichtsangelegenheiten, welche in Gemäßheit der vom Kaiser in Aussicht gestellten gänzlichen Reform des Systems der öffentlichen Erziehung begründet werden soll, hat allgemein befriedigt. Hr. v. Laszczynski soll den neuen Posten nur unter der Bedingung vollkommener Unabhängigkeit von dem Ministerium der Aufklärung in Petersburg angenommen haben. Auf eine dieserhalb telegraphisch nach dort abgegangene Anfrage soll eine bejahende Antwort eingegangen und somit die Publikation durch die Blätter schon heute erfolgt sein.“ Geh. Rath Laszczynski hat, wie die heutigen Zeitungen melden, bereits einige der höheren Lehranstalten und wissenschaftlichen Institute Warschau's besucht.

* Warschau. Die telegraphisch schon erwähnte Proklamation des Fürsten Gortschakoff an die Einwohner von Warschau lautet vollständig:

Um den Aufregungen bösegeimter Menschen zu Straßenscenen, welcher Art diese auch sein möchten, Schranken zu setzen, wird hiermit von neuem zu allgemeiner Kenntniß gebracht, daß alle solche Manifestationen ungebührig und für die allgemeine Ruhe gefährlich sind, und daß daher Zusammenrottungen auf Plätzen und Straßen zum Zweck irgend welcher Manifestationen oder Prozeffionen, welche nicht von der geistlichen Obrigkeit angeordnet sind, aufs strengste verboten werden. Einwohner Warschau's! Höret auf meine Warnung, zwingt mich nicht, schmerzliche Mittel anzuwenden, um Unordnungen mit bewaffneter Macht zu unterdrücken. Gleichzeitig erhält die Polizeibehörde den Auftrag, diese meine Warnung allen Hausbesitzern bekannt zu machen, damit diese sie den Dienern mittheilen und Niemand sich mit Unkenntniß ausreden könne.

Man schreibt dem „Gzas“: „So viel bis jetzt bekannt, sind am 25. und 27. v. M. 147 Personen verurtheilt worden. Inbezug gibt es noch gar Manchen, der aus Furcht seine Wunden verheimlicht, eine Furcht, die sich zum Theil dadurch rechtfertigt, daß die Regierung täglich neue Truppen nach Warschau und dem Königreich zieht. In der Stadt werden Lagerhütten für die neuen Truppen vorbereitet. Das Ulanenregiment, welches am 27. v. M. auf dem sächsischen Plage aufgestellt war, ist aus Warschau fortgeschickt. Wie es scheint, ist das Vertrauen auf dieses Regiment nicht stark. Das Schloß des Statthalters ist von Militär überfüllt, und der Durchgang zur Kirche St. Johannes vermauert worden. Die zweite Division des ersten Armeekorps soll auf dem Wege nach dem Königreich sein, so daß dann mit den irregulären Truppen gegen 80,000 Mann im Königreich sein werden.“

Die Geistlichkeit der jüdischen Gemeinde zu Warschau hat, nach dem „Gzas“, an alle jüdischen Gemeinden des Königreichs ein Zirkular erlassen, worin über die Bedrückungen geklagt wird, welche die Regierung seit 1831 gegen die Juden ausgeübt habe, und worin die jüdischen Gemeinden aufgefordert werden, sich zum Wohl des Landes mit den Polen brüderlich zu vereinigen.

St. Petersburg, 19. März. Es ist ein Komitee gebildet worden, um eine gleichmäßige Organisation in der Bauernfrage zu erleichtern. Der Großfürst Konstantin hat das Präsidium dieses Komitees erhalten. — Das Manifest des Kaisers hat hier und in Moskau einen guten Eindruck gemacht.

St. Petersburg, 21. März. (Sch. M.) Das heutige „Petersb. Journal“ schreibt: Die durch einige Blätter ausgetheilten Gerüchte, daß ausländische Kabinette der russischen Regierung Rathschläge betreffs der Warschauer Unruhen gemacht, sind unwahr. Die „Börzenzeitung“ schreibt: Das Verbot, Kreditbilletts und Treasorscheine ins Ausland auszuführen und solche einzuführen, ist aufgehoben. Ein Telegramm aus den Provinzen sagt: Das Manifest über die Freiheit der Bauern wurde mit Jubel empfangen.

Türkei.

Sarajevo, 10. März. (Ost. Post.) Inmitten der politischen Wirren Europa's verdienen die gegenwärtigen blutigen Vorfälle in der Herzegowina die vollste Aufmerksamkeit des Publikums. Die christliche Bevölkerung dieses Landes, durch Aufreizungen der Montenegroer angeeifert, hat einen Kampf mit den Türken begonnen, dessen Folgen unabsehbar sein dürften. Fremde Einflüsse scheinen ebenfalls einen nicht unwichtigen Theil an diesen Unternehmungen zu haben. Ustoker aus Montenegro haben mit den christlichen Bewohnern der Herzegowina einen Bund gegenseitiger Hilfe geschlossen, und so sehen wir, daß sich ein furchtbarer Kampf in der ganzen Ausdehnung der Herzegowina entsponnen hat, in welchem bis jetzt die Aufständischen überall Sieger geblieben sind. Wenn man bedenkt, daß die Thürme von Sutorina von den Scharen des Bukalovics eingenommen, zerstört, die türkische Besatzung vertrieben und somit von der Meeresseite einer erwarteten bewaffneten Hilfe die Thore geöffnet sind; wenn ferner in Erwägung gezogen wird, daß die Aufständischen den zwischen Serbien und Montenegro in einer Entfernung von acht Stunden liegenden Engpaß durch die Einäscherung und Vernichtung des großen türkischen Dorfs und dessen Bevölkerung (in Bihor) zum Theil schon besetzt, daher bereits mit Serbien die Verbindung hergestellt haben, und ähnliche Kämpfe in der Umgebung von Nischic, Korenic und Jubci bis vor den Thoren von Tribigne schon stattfinden, — so ist dadurch ersichtlich, daß in der Herzegowina ein planmäßiges, in allen bisherigen Kämpfen dieser wilden Racen noch nie dagewesenes Wirken und eine einheitliche Kriegsführung zum Vorschein tritt, was Alles auf die Wichtigkeit dieses Unternehmens schließen läßt. Von Sarajevo, der Travniker Nahie, ja selbst aus der Kraina und der Kaufalufar Kaimafame sind bereits bei 6000 Bajschibozuks, sowie alles reguläre Militär nach der Herzegowina eilends abgefordert worden, wo ohnehin schon früher bedeutende Streitmächte vorhanden waren. Die bosnische Regierung entwickelt die größte Thätigkeit in der Abwendung der Kriegs- und Viktualienbedürfnisse. Ob dieselbe in Anbetracht der bereits eingetretenen, äußerst drückenden finanziellen Verhältnisse bei den großen Bedürfnissen des Heeres aussharren, ob die Truppenkommandanten Jomail und Derwisch Pascha den Aufstand zu ersticken oder wenigstens zu begrenzen im Stande sein werden, ist eine Frage, welche die nächste Zukunft lösen wird.

Amerika.

Neu-York, 7. März. Laut Berichten aus Mexiko dauerte daselbst die Einziehung der geistlichen Güter fort. Am 13. Febr. wurden 13 Nonnenklöster aufgehoben.

Bemischte Nachrichten.

M. Germsbach, 19. März. Ich habe Ihnen den tragischen Fall zu berichten, daß ohnlänglich in unserer Nähe die Frau eines geachteten und braven Lehrers sich mit Phosphor vergiftet hat. Länger schon andauernde Gemüthsstörung scheint den bellagenerwerthen Schritt herbeigeführt zu haben.

— Mainz, 15. März. Man schreibt dem „Frl. J.“: Man erzählt sich, daß Gräfin Ida Hahn-Hahn Vorbesitzerin der grauen Schwestern-Gesellschaft würde und vor Antritt ihres Klosteramtes eine Reise nach Alt-Deiling als Bühlerin antrete, und zwar im Sündenbewand. — Hr. Theaterdirektor Dr. Falkwachs hat in Anbetracht seiner Verdienste um die Kunst, die er hier so glänzend ablegt, einen Ruf zur Gründung einer Theater-schule erhalten, die ein Mäcen der Schauspielkunst errichten will.

— Friedberg, 19. März. (Fr. J.) Bezüglich des am 12. d. auf der Main-Wefer-Bahn zwischen Raubheim und Buppach stattgefundenen Unglücks erfahren wir jetzt aus sicherer Quelle, daß dasselbe, wie sich bei der nun erfolgten Begräbnung des umgestürzten Tenders ergeben hat, einem Bruche der Bordenachse des Tenders zugeschrieben werden muß, in Folge dessen die Maschine nach heftigem Hin- und Herschwanke, dessen Stöße selbst von den im Zuge befindlichen Passagieren mit Beängstigung wahrgenommen wurden, eingestürzte. Es erweisen sich demnach alle anderen Gerüchte über die Ursache des stattgehabten Unfalles als unbegründet. Sämtliche verletzte Personen befinden sich auf dem Wege der Besserung; selbst für Wiederherstellung des so schwer verletzten Bremsers ist Hoffnung vorhanden.

— Die Aufführung des „Tannhäuser“ in Paris hat über Nacht Tausende von Bonmots hervorgezogen. Es wird sberzweifelhaft, die Aufführung desselben in der Großen Oper zu Paris sei in einem geheimen Artikel des Züricher Vertrages stipulirt worden, und der Kaiser habe der Vorstellung bis zum Schluß beigeohnt, um sich an dem noch nie dagewesenen Schauspiel der Ausführung eines Vertragsartikels von Villafranca und Zürich zu weiden!

Verantwortlicher Redakteur:
Dr. J. Herm. Koenlein.

Großherzogliches Hoftheater.

Freitag, 22. März. 2. Quartal. 41. Abonnementsvorstellung. **Johann von Paris**; komische Oper in 2 Akten, von Boieldieu.

Sonntag, 24. März. Mit allgemein aufgehobenem Abonnement, zum Vortheil des Unterstützungsfonds für Wittwen und Waisen der Mitglieder des großh. Hoforchesters. **Großes Konzert.**

